

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt einleitend aus, auf dem Hintergrund der soeben geführten Debatte zur Haushaltskonsolidierung 2011 sei er sich darüber im Klaren, dass die Situation des Haushalts 2011 ff ernst sei, so wie die letzten drei Haushalte in Koblenz schwierig gewesen seien. Eine Konsolidierung des Haushalts im Sinne von „Schwarze Null“ oder „Totalverzicht auf neue Verschuldung“ sei ein politisch wünschenswertes Ziel, dass ausschließlich mit Eigenanstrengungen innerhalb der Stadt Koblenz unter keinen Umständen realistisch sei. Dafür seien zu viele Kostenblöcke eindeutig bestimmt durch Vorgaben der EU, des Bundes und des Landes. Dieses aber dürfe niemanden davon abhalten, das zu tun, was man tun könne. Denn jede Million, die man durch eigene Anstrengungen konsolidieren könne, reduziere die Zinslasten für die Zukunft. Da die Höhe der erreichten Gesamtverschuldung bereits sehr bedrückend sei, wäre jede zusätzliche Neuverschuldung angesichts zu erwartender steigender Zinssätze äußerst problematisch. Daher habe die vorgeschlagene Haushaltsstrukturkommission keineswegs eine Aufgabe, die irgendwann zu erledigen sei. Sie habe eine Aufgabe, die sofort beginne. Er werde deswegen, soweit der Rat der Einsetzung der Kommission zustimme, die Kommission schon mit der Frage befassen müssen, wie man mit etwaigen Auflagen der ADD zu dem soeben beschlossenen defizitären Haushalt umzugehen gedenke angesichts der Tatsache, dass auf Grund der Beratung im Rat vor vier Wochen das, was man vorbereitet habe für den Fall der Auflagen der ADD, nun weitestgehend bereits im vorliegenden Haushaltsentwurf eingearbeitet habe und die Verwaltung somit darüber hinausgehende Auflagen der ADD auch mit zusätzlichen Überlegungen für denkbare Einsparungen werde abarbeiten müssen. Insofern werde die Kommission nicht irgendwann irgendwelche Ergebnisse vorzulegen haben, sondern unmittelbar an die Arbeit gehen und unmittelbar erste Aufträge haben. Dazu gehöre auch die Beteiligung an dem Aufstellungsverfahren für den Haushalt 2012. In der Tat sei die so genannte „3-Millionen-Einsparliste“ im Wesentlichen gekennzeichnet aus den traditionellen Instrumentarien, die der Kämmerei zur Verfügung stünden. Darüber hinausgehende Aspekte von Aufgabenkritik und strukturellen Veränderungen seien nur teilweise im Haushalt 2011 vorgezogen und würden im Jahr 2012 weitere Konturen annehmen müssen. Dazu bedürfe es Ratschläge, wie dies bewerkstelligt werden könne. Die Haushaltsstrukturkommission werde vor allem Ratschläge geben müssen für die Haushalte 2013 ff. Denn Haushaltsstrukturierung und Haushaltskonsolidierung sei nichts für einen Entwurf. So wie die Schulden Schritt für Schritt aufgewachsen seien und wie man sie nun seit einigen Jahren habe, werde deren Abbau bzw. teilweiser Abbau auch eine mittelfristige Aufgabe sein. Er sage voraus, dass für seine Amtszeit in den nächsten sieben Jahren als Kämmerer ihn dies mutmaßlich jedes Jahr begleiten werde. Er glaube nicht, dass man schon nach sieben Jahren am Ziel sein werde. Rat und Verwaltung würden sich jedes Jahr damit zu befassen haben.

Nun stelle sich die Frage, wie könne wirksam Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Manche sagten, dafür bedürfe es vor allem des Inputs der Verwaltung. Um daran keinen Zweifel aufkommen zu lassen, betont er, die Frage der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung gehöre zu den zentralen Fragen im Aufgabenbereich des Kämmerers, der zugleich Oberbürgermeister sei, und er werde sich dem stellen. Er werde begleitet von seinen drei Kollegen im Stadtvorstand und natürlich vor allem von der Kämmerei. Aber Haushaltskonsolidierung konkret sei eine schwierige Angelegenheit. Denn wenn man die Ämter insgesamt frage, wo man glaube, im eigenen Bereich noch ein Sparpotenzial zu haben, werde man im Regelfall die Antwort bekommen, dass man personell unterbesetzt sei und das die finanziellen Ressourcen kaum reichten, um die notwendigen Aufgaben zu erledigen. Dem könne man nur dann entgegen treten, wenn man solide begründete Hypothesen habe, in welchem Bereich es sich wirklich tatsächlich

anders verhalte, als man es von der Fachlichkeit glaube. Dieses sei der zentrale Punkt, warum für diesen Prozess nicht alleine die Kreativität der Verwaltung und des Kämmerers genüge, sondern man externen Sachverstand benötige.

Nun würde man es üblicherweise so machen, dass man eine wichtige Firma beauftragen würde, den gesamten Haushalt der Stadt zu durchleuchten und Vorschläge unterbreiten zu lassen, wo man denn ein Einsparpotenzial sehe. Ein derartiger Prozess, global über den gesamten Haushalt der Stadt gelegt, würde Beratungshonorare in einer Größenordnung im Millionenbereich kosten. Das dramatische in einem Vorgehen dieser Art bestünde darin, dass derartige Beratungsinstitutionen üblicherweise so vorgingen, dass sie unendlich viele Interviews durchführten mit unendlich vielen Mitarbeitern und was in diesen Interviews zutage gefördert würde, irgendwann in eine Form gebracht werde. Dies sei ein langwieriger Prozess, der teuer sei und nicht notwendigerweise tatsächlich zum realen Ertragswert führe.

Aufgrund dessen sei er zu einem anderen Weg gelangt, in dem er gesagt habe, man solle einmal schauen, ob man Menschen finde, die viel Erfahrung hätten mit Finanzen und Haushaltskonsolidierung ohne direkt verquickt zu sein mit der alltäglichen Verantwortung innerhalb der städtischen Verwaltung, und deren Ratschläge einzuholen, wie man so einen Prozess zielführend steuern könne.

Daraufhin habe er Gespräche geführt, die bei drei Personen zu konkreten Ergebnissen führten. Er freue sich, dass der Vorsitzende des Sparkassenvorstandes, Herr Manfred Graulich, der heute als Gast anwesend sei, bereit sei, seinen Sachverstand in Finanzen und Wirtschaft aus der Perspektive einer anderen Struktur der öffentlich rechtlichen Körperschaft der Sparkasse mit einzubringen, um eine Systematik mit in die Hand zu geben, wie man einen solchen Prozess steuern könne. Dafür sei er ihm dankbar. Herr Graulich habe in den zahlreichen Gesprächen in den letzten Wochen immer wieder betont, dass er kein kommunaler Praktiker sei, der nicht in der kommunalpolitischen Verantwortung stehe, was nicht unbedingt als Nachteil zu betrachten sei, weil er damit völlig ungebunden von parteipolitischen Erwägungen und strukturellen Überlegungen innerhalb der Verwaltung seinen erworbenen Sachverstand bei Konsolidierungsmaßnahmen in anderen Institutionen strukturell mit einbringen könne.

Zugleich sei es aber erforderlich, dass die Stadt an seiner Seite externe Sachverständige habe, die Fachleute in Kommunal финанzen seien. Er habe daher Prof. Schwarting als Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Städtetages um seine Mithilfe in der Kommission gebeten. Dies habe er zugesagt. Herr Prof. Schwarting sei einer derjenigen, die in der Finanzwelt des Landes Rheinland-Pfalz als Topexperten für Kommunal финанzen angesehen würden, der im Übrigen selbst ein Buch über Haushaltskonsolidierung geschrieben und viel Erfahrung in der Beratung zahlreicher Kommunen habe.

Drittens habe er einen Kollegen Kämmerer gefragt, der wie es der Zufall wolle, in wenigen Wochen aus dem Hauptamt ausscheide und dann in den Ruhestand trete, ob auch er sich vorstellen könne, etwas häufiger Koblenz zu besuchen, um seinen Ratschlag anzubieten. Er rede von dem Kämmerer einer Stadt, die noch mehr an der Wand stehe als Koblenz, die aber in den letzten zwei Jahren viel unternommen habe, um ein Stück weit aus der Miesere zu kommen. Es handle sich dabei um den noch amtierenden Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Ludwigshafen, Herrn Wilhelm Zeiser.

Nun stelle sich die Frage, wenn der Stadtvorstand zusammen mit der Verwaltung und den gerade genannten externen Beratern, zu denen im Laufe des Prozesses noch weitere hinzu kommen könnten, auf den Weg machten, sich mit den strukturellen Fragen der Haushaltskonsolidierung zu befassen, sollte dieses unter Beteiligung des Stadtrates geschehen oder nicht. Auch diese Frage habe er mit vielen Leuten innerhalb der kommunalpolitischen Verantwortung in der Stadt wie auch außerhalb diskutiert. Viele hätten dazu geraten, es als integrierten Prozess zu gestalten.

Denn es mache überhaupt keinen Sinn, wenn man losgelöst von der Politik, die letztendlich alles im Stadtrat zu beschließen habe, dieses entwickle und die Fraktionen hätten im Grunde überhaupt keine Chance, sich an den Überlegungen zu beteiligen, in welche Richtung es gehen solle. Aus diesem Grund ginge die Verwaltungsvorlage davon aus, den Stadtrat von Anfang an zu beteiligen, um eine Chance zu geben, auf Augenhöhe miteinander zu sprechen.

Als letztes wolle er die Frage beantworten, wie er sich die Arbeitsweise und die Dauer der Kommission vorstelle. Er gehe grundsätzlich davon aus, dass sich die Kommission einmal im Monat treffen werde und zwar zu den üblichen Zeiten, die für die Arbeitsweise mit den Mitgliedern des Rates verabredet seien. Weiter ginge er davon aus, dass diese Sitzungen durch die Verwaltung gemeinsam mit den externen Beratern jeweils so vorbereitet seien, dass man dort zielführend miteinander reden könne. Er ginge davon aus, dass diese Kommission auf 3 Jahre zu berufen sei in der Hoffnung, dass man in diesem Zeitrahmen – wohlgemerkt nicht erst dann, sondern schon beginnend in wenigen Wochen erste Entscheidungen und vorbereitende Empfehlungen gegeben habe – hoffentlich an einem Punkt angekommen sei, wo man auch ohne die Kommission weiterarbeiten könne. Da er in den Vorberatungen darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass dieser Punkt in der Beschlussvorlage keinen Niederschlag gefunden habe, dürfe er darum bitten, dies wie folgt zu ergänzen: „Der Stadtrat beschließt die Bildung einer Haushaltsstrukturkommission **für den Zeitraum von 3 Jahren.**“ (Ziffer 1 des Beschlusstextes) Dann sollte man zu einem Abschluss gekommen sein, weil er davon ausginge, dass man sich in jeder Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und vielen Sitzungen des Stadtrates mit den jeweiligen Zwischenergebnissen und Empfehlungen, die aus diesem Prozess erwachsen würden, befassen werde.

Abschließend merkt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig an, er sei der festen Überzeugung, dass dieses Werk mittelfristiger Haushaltskonsolidierung zu den schwierigsten Dingen gehöre, mit denen man sich zu beschäftigen habe. Denn Geld ausgeben sei auch nicht einfach, aber immer noch leichter, als präzise zu erklären, wo man in Zukunft nichts mehr ausgeben, weil dieses mit erheblichen Folgen für betroffene Institutionen sowie Mitarbeiter verbunden sein könne. Er glaube, dass dieser Weg nur dann erfolgreich sei, wenn man innerhalb des Stadtrates zunächst einmal einen Konsens über die Notwendigkeit des Weges und Eckpunkte erreiche, wohin man kommen wolle, um dann kein Wett- oder Schaulaufen der Fraktionen zu erleben, wer denn die Autorenschaft für den Vorschlag habe, sondern zu erkennen, dass die Konsolidierung der Finanzen in der Stadt Koblenz eine gemeinsame Aufgabe sei zwischen Stadtvorstand, Verwaltung und dem gesamten Rat und man dieses nur gemeinsam stemmen könne, wenn man auf Profilierungsübungen verzichte und stattdessen den Versuch unternähme, wirklich zielführende strukturelle Entscheidungen so vorzubereiten, dass man am Ende sagen könne, mit dem nächsten Haushalt sei man real einen Schritt weiter.

Rm Scherhag (CDU) verweist auf den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU- und BIZ-Fraktion. Zunächst dankt er allen Fraktionen, die den Haushalt 2011 in der Sitzung am 08.04.2011 abgelehnt hätten. Sie hätten damit ein deutliches Zeichen gesetzt. Diese Entscheidung sei richtungsweisend und ein guter Schritt gewesen, was sich in der heutigen Haushaltsdiskussion gezeigt habe und in dem vorliegenden Antrag widerspiegele. Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen BIZ und CDU wolle man der geplanten Haushaltsstrukturkommission den verbindlichen Rahmen und die Ziel- und Zeitvorgabe geben, die nicht nur der Antragsteller erwarte, sondern auch die Koblenzer Bürger. Ziel sei es, den Oberbürgermeister und Kämmerer aus seiner Verantwortung an dieser Stelle insbesondere unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche die Gemeindeordnung bilde, nicht zu entlassen. Er sei als Hauptverantwortlicher besonders gefordert, diese Kommission zu bilden, zu führen und vor allem

nach Ratsbeschlüssen diese auch umzusetzen. Er bittet um breite Zustimmung zum Änderungsantrag seitens des Rates.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, seine Fraktion begrüße die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission. Vor allem begrüße man auch die Bereitschaft des Herrn Graulich, den Vorsitz zu übernehmen. Er hoffe, dass die zu benennenden Mitglieder nicht jahrelang mit sich selbst diskutieren würden. Diese Befürchtung habe der Oberbürgermeister zuvor mit seinem Redebeitrag genommen, dass die Verwaltung regelmäßig im Haupt- und Finanzausschuss berichten werde.

Bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages habe man Gelegenheit gehabt, mit diversen Bankvertretern zu diskutieren. Deren Schwerpunkt liege natürlich im Bereich Kredit- und Schuldenmanagement. Aber man sollte diese Vertreter zu bestimmten Themen zu Expertenvorträgen einladen und gute Vorschläge übernehmen.

Struktur- und Aufgabenkritik sei kein leichter Spaziergang, es bedeute auch, besonders über die Grundlagen zu reden. Dies sei in erster Linie das Konnexitätsprinzip, aber auch die Definition der freiwilligen Leistungen. Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt habe hierzu den sehr anschaulichen Hinweis gebracht, dass die Aufsichtsbehörden mit den pauschalen Kürzungen der freiwilligen Leistungen im Grunde die Zukunftsfähigkeit wegekürzten. Es ginge genau um die Leistungen, die nach Meinung seiner Fraktion den Kitt in der Gesellschaft bildeten (Initiativen, Vereine und Kultur). Klar sei, dass es bei der Strukturkommission nicht einfach ums Geldsparen ginge, sondern es ginge um die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Wenn man Erfolg habe, sei Koblenz ein gutes Beispiel für andere Städte.

Zum Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion stellt er fest, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen könne diesem nicht zustimmen. Man halte es für sinnvoll, wenn die Politik und vor allem auch die großen Fraktionen, die an der derzeitigen Situation in Koblenz nicht unmaßgeblich ihren Anteil hätten, sich an den Diskussionen in der Strukturkommission beteiligen und nicht die Verantwortung abgeben würden.

Rm Kaiser (FDP) erklärt, seine Fraktion sei erfreut, dass nach einem Jahr die von ihr eingebrachte Idee einer Strukturkommission jetzt doch so breiten Konsens finde, wenn auch unter etwas anderen Bedingungen, und auf den Weg gebracht werde. Es sei von Anfang an der Kerngedanke seiner Fraktion gewesen, externen Sachverstand hinzuzuziehen und aus den parteipolitischen Grabenkämpfen zu kommen. Das finde man in dieser Kommission wieder. Es wäre schön gewesen, wenn man diese bereits letztes Jahr gebildet hätte, denn dann könnte man heute vielleicht schon über erste Ergebnisse sprechen. Aber man wolle in die Zukunft schauen und begrüße die Angelegenheit sehr.

Über den Punkt der parteipolitischen Befreiung habe man in den letzten Tagen viel gesprochen. Man habe sich davon überzeugen lassen, dass es gut wäre, wenn zunächst die Politik aus dem ersten Schritt herausgelassen würde, um die genannten Grabenkämpfe nicht von Beginn an dort hinein zu tragen, sondern den internen und externen Experten die Möglichkeit zu geben, unbelastet von der Politik zunächst ein Grundkonzept ohne Rücksichtnahme darzustellen. Er denke, es komme darauf an, frei von Tabus die Sachen anzugehen und nicht von vorneherein eine bestimmte Klientel herauszunehmen. Deswegen unterstütze die FDP-Fraktion einstimmig den Vorschlag von CDU- und BIZ-Fraktion.

Rm Wefelscheid (BIZ) führt zur Begründung des Änderungsantrages von CDU- und BIZ-Fraktion aus, der Arbeitskreis solle losgelöst von der Politik Ansätze verfolgen. Er sehe die Gefahr darin, wenn man von Beginn an im Paritätsprinzip die Fraktionsstärken einziehen lasse,

dass dann der politische Filter einsetze und Dinge überhaupt nicht mehr in den Haupt- und Finanzausschuss oder Stadtrat gelangten, die politisch nicht opportun seien. Dies sei nicht das Ziel der Kommission, sondern sie solle losgelöst von der Politik agieren und das spreche dafür, dass man zunächst die Politik aus der Arbeit heraushalten solle, damit die Verwaltung mit den Sachverständigen einen Plan entwickeln könne, der dann zu gegebener Zeit in die Politik ginge. Was die Erweiterung der Vorlage angehe, unter Ziffer 1 die Begrenzung auf 3 Jahre festzulegen, so wolle er die Ratskollegen darauf hinweisen, dass man ursprünglich einmal gesagt habe, dass eine Entscheidung über die Ergebnisse noch vor Ablauf der Wahlperiode fallen solle. Das wäre bei 3 Jahren nicht mehr der Fall.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, diesen Punkt habe er zuvor dargestellt. Die Kommission werde kontinuierlich Ergebnisse produzieren und dies werde kontinuierlich Gegenstand von Haupt- und Finanzausschuss sowie Stadtrat sein. Es ginge zunächst einmal darum, eine Zeitachse zu definieren, um es nicht als eine Kommission bis zum „Sankt-Nimmerleins-Tag“ werden zu lassen. Daher habe er 3 Jahre vorgeschlagen. Im Übrigen befinde man sich dann immer noch 1 Jahr innerhalb der Legislaturperiode.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke bekennt, er habe sich zunächst im Bezug auf die Bildung einer solchen Kommission schwer getan, weil er es auch ein wenig als Armutszeugnis für Politik und Verwaltung gesehen habe, dass man selbst nicht klarkäme. Aber er habe sich überzeugen lassen, dass es so sein müsse. Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion könne die FBG-Fraktion zustimmen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann dankt Herrn Graulich für die Bereitschaft, die Stadt in dieser Funktion zu unterstützen.

Zum Änderungsantrag merkt sie an, man könne immer unterschiedliche Wege gehen, aber ihre Fraktion halte es für falsch, wenn die Politik die Angelegenheit nicht von Anfang an begleite, weil man auf der anderen Seite befürchte, dass die Kommission Dinge erarbeite und von Seiten der Politik dann die Reaktion käme, dies sei aber politisch so nicht gemeint und das habe man sich anders gedacht.

Besonders kritisch sehe man, dass von kurz- und mittelfristiger Haushaltskonsolidierung gesprochen werde. Zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung merkt sie an, obwohl noch nicht absehbar sei, ob im November oder Januar Haushaltsberatungen stattfänden, halte sie 6 Monate für ein hohes Ziel, um von der Kommission zu erwarten, dann schon große Ergebnisse zu erhalten.

Innerhalb von 12 Monaten das mittelfristige Haushaltskonsolidierungskonzept fertig zu haben, sei ein ehrgeiziges Ziel. Sie wünsche dem Vorsitzenden, Herrn Graulich, viel Spaß und zahlreiche Sitzungen, denn sonst schaffe die Kommission dies nicht. Deshalb sei die SPD-Fraktion nicht einverstanden mit dem Änderungsantrag, denn man halte es für besser, der Kommission mehr Zeit zu geben. Der Oberbürgermeister habe es mehrfach wiederholt, es sei auch nie so gedacht gewesen, dass es wirklich einen Anfang und ein Ende geben solle. Das Ende sei immer offen gewesen für einen weiterführenden Prozess. Daher könne die SPD-Fraktion zwar der Verwaltungsvorlage aber nicht dem Änderungsantrag zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig möchte zur Vermeidung von Missverständnissen darauf aufmerksam machen, dass er nach dem bisherigen Debattenverlauf die Angelegenheit so verstanden habe, dass man nicht davon ausginge, dass die Kommission nach 12 Monaten ihre Arbeit erledigt habe, sondern die Kommission zunächst einmal in sich arbeiten solle und dann in

einem zweiten Schritt die Politik hinzutreten sollte. Im Übrigen werde der Zeitkorridor von 3 Jahren für diese Arbeit durchaus als realistisch angesehen. Er glaube, dass er die Intension des Antragstellers soweit richtig verstanden habe.

Rm Lehmkuhler (SPD) merkt an, weil in diesem Rahmen immer wieder von Personalentwicklungen, Aufgabenkritik, Beteiligung der Eigenbetrieb etc. seitens verschiedener Rednern gesprochen worden sei, müssten sich alle aus der Politik einmal überlegen, wenn man dies permanent wie eine Monstranz vor sich hertrage, was dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedeute. Das sei nicht motivierend sondern eher demotivierend, denn dies würde bedeuten, dass diese so gut wie nichts tun würden und man diesen nun einmal auf die Sprünge helfen müsse.

Er habe in der letzten Woche zwei Erlebnisse gehabt, die ihm sehr deutlich gemacht hätten, dass der Rat immer Forderungen stelle, die man selbst wahrscheinlich nur zu einem Bruchteil erfüllen würde. Es sei immer viel leichter, anderen vorzuschreiben, was sie zu tun hätten. Die Politik sage immer, dieses und jenes müsse noch gemacht werden und das am besten vorgestern. Er habe zwei Erlebnisse gehabt von Bereichen, die außerhalb von Rat und Verwaltung seien. Das sei einmal bei der BUGA jemand von außerhalb gewesen, der den Überblick habe und nicht nur in Koblenz tätig gewesen sei, der ihm gesagt habe, was er gerade in den letzten Wochen erlebt habe, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung alle aus allen Ebenen für diese BUGA geleistet hätten und wie sie ihren Arbeitseinsatz erbracht hätten, ohne darauf zu achten, ob Feiertag, Urlaub oder Wochenende sei, das hätte er so in einer anderen Stadt noch nicht erlebt. Auf Zwischenruf aus der Mitte des Rates erklärt Rm Lehmkuhler (SPD), wenn man permanent von Personalentwicklung und Aufgabenkritik rede und dieses ständig anmahne, dann frage er, was dies bedeute für diejenigen, die angesprochen würden. Das sei doch ein Tritt für diese Leute. Natürlich sei alles nicht so gut, dass es nicht noch besser werden könne.

Das zweite Beispiel betreffe das Thema Zentralplatz. Beigeordneter Knopp werde sich an das Gespräch erinnern können. Dort habe ein Externer gesagt, dass er es an dieser Stelle einmal sagen müsse, weil er das bisher in keiner Stadt in Deutschland erlebt habe, mit welchem Engagement unbeschadet der Arbeitszeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung arbeiten würden. Er denke, wenn man von dieser Grundannahme ausginge und nicht dieses Negative impliziere, dann werde man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die heute schon hervorragende Arbeit leisteten, was man sich oft einmal von außen bestätigen lassen müsse, ein gutes Ziel erreichen. Das sei sein Anliegen.

Rm Assenmacher (CDU) weist darauf hin, der Oberbürgermeister habe im vergangenen Jahr eine Kommission mit externen Vertretern des KEVAG-Vorstandes, der Sparkasse, der Firma Gotthard u.a. einberufen, die beratend bei der Frage Vereinfachung der Strukturen innerhalb der Verwaltung helfen sollten. Dies habe man auch der Presse entnehmen dürfen. Er wisse nicht, inwieweit diese Kommission getagt habe und ob diese fortgeführt werde oder durch die Haushaltsstrukturkommission ersetzt werden solle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hält entgegen, dies sei keine Kommission sondern ein einmaliger Gesprächskreis gewesen, an dem übrigens die Fraktionen beteiligt gewesen seien. Hierbei habe es sich um ein Sachverständigengespräch mit vielen Leitern wichtiger Betriebe der Stadt Koblenz unter Beteiligung der Vertreter der Fraktionen gehandelt. Bei den jeweiligen Vertretern könne man sich erkundigen, was dort erörtert worden sei.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90 / Die Grünen) interpretiert die Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz dahingehend, dass jedes Ratsmitglied bei Kommissionen der Stadt zumindest als Zuhörer teilnehmen dürfe. Die Grünen würden von diesem Recht als Fraktion Gebrauch machen und werde diese Kommissionstermine wahrnehmen und begleiten. Man bitte, die entsprechenden Termine den Fraktionen mitzuteilen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt zu, im Stadtvorstand werde die Frage nach dem Mitwirkungsrecht geprüft, ob dies bei Kommissionen ebenso gelte wie bei Ausschüssen und das Ergebnis werde im Ältestenrat erörtert.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke äußert, die Diskussion der letzten Minuten zeige schon, wie erfreulich die Mitarbeit der Politik in diesem Gremium wäre und er schlage vor, wenn man die Kommission wirklich einmal arbeiten lassen wolle, dann sollten sie dies ungestört tun können und der Politik dann etwas vorlegen. Daher sei der Änderungsantrag der Fraktionen CDU und BIZ vollkommen richtig. Er wolle auch davor warnen, die Kommission jetzt unter Zeitdruck zu setzen. Was der Rat in vielen Jahren nicht geschafft habe, könne die Kommission auch nicht in einem halben Jahr lösen. Deswegen solle man die Beteiligten unbehelligt arbeiten lassen, bevor die Politik eingebunden werde.

Rm Scherhag (CDU) nimmt Bezug auf die Ausführungen des Rm Lehmkuhler (SPD), der die Mitarbeiter der Verwaltung erwähnt habe. Jeder im Rat wisse, dass es ohne die Mithilfe und Unterstützung der Mitarbeiter nicht funktioniere. Dies stelle im Saal niemand in Frage. Er spreche in diesem Zusammenhang aus eigener Erfahrung als Unternehmer mit 60 Mitarbeitern und ihm sei bekannt, dass man Projekte, Ziele und Strukturen nur verändern bzw. neu definieren könne, wenn man dies gemeinsam mit den Mitarbeitern anginge. Nur so könne die Strukturkommission überhaupt mittelfristig erfolgreiche Ziele umsetzen. Diese Veränderungsprozesse müssten einfach stattfinden und könnten nur erfolgreich verlaufen, wenn auch der letzte Mitarbeiter der Stadtverwaltung begriffen habe, dass man sich in einer misslichen Lage befinde und dass man diese schwierige Situation nur gemeinsam meistern könne.

Zweitens wolle er noch klarstellen, mit dem Änderungsantrag wünsche man sich bis zur Vorlage des Haushaltsentwurfes 2012 ein kurzfristiges Konzept mit Einspar- und Zeitvorgaben. Bis zu dieser Zeit stelle man sich auch nach Ergänzungsantrag vor, dass diese Kommission ohne die Ratsmitglieder arbeite. Dann stelle man sich eine weitere Entwicklung in der Form vor, dass ein mittelfristiges Haushaltskonsolidierungskonzept innerhalb von 12 Monaten erarbeitet werde, das danach in die Umsetzung ginge. Die CDU-Fraktion wolle, dass eine klare Zeitvorgabe definiert werde und diese Zeitschiene heiße mit diesem Ergänzungsantrag zunächst einmal 12 Monate.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt zusammenfassend fest, die Intension des Änderungsantrages beinhalte, zweistufig vorzugehen. D.h. zunächst einmal solle die Haushaltsstrukturkommission unter Beteiligung der Externen und der Verwaltung Vorschläge erarbeiten und dies so schnell wie möglich und in einer zweiten Stufe solle der Rat beteiligt werden. Dazu habe der Antragsteller einen zeitlichen Korridor von 12 Monaten angegeben. Das verbinde er nicht mit der Annahme, dass der Rat davon ausginge, als wäre die Arbeit damit erledigt. Dieser Zwei-Stufen-Plan lasse sich mit einem überschaubaren Zeitraum von 3 Jahren für das Gesamtvorhaben verbinden.

Anschließend stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den zuvor vorgetragenen Änderungsantrag zur Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag bei Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, BIZ, FBG, FDP sowie Rm Klein und Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen mehrheitlich zu.

Des Weiteren stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Zusatz „für den Zeitraum von 3 Jahren“ bei Ziffer 1 zur Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt dieser Änderung einstimmig zu.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den nunmehr geänderten Beschlusstenor.